

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
• ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Dritsch-Bundest)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 27/28.

W e s t m., Sonnabend, 7. April 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Unsere Ortsverbände im Jahre 1916. — Kriegsbeschädigte! — Versicherungsbeitrag nach dem Kriege. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands. — Anzeigen.

Unsere Ortsverbände im Jahre 1916.

(Fortsetzung.)

Die Mitgliederzahlen der berichtenden Ortsverbände weisen in der Kriegszeit naturgemäß keine bedeutenden Zunahmen auf. Trotzdem ist in verschiedenen Ortsverbänden eine Steigerung zu verzeichnen. Ingesamt waren Ende 1915 29.301 Mitglieder den Ortsverbänden angeschlossen. Ende 1916 dagegen 31.575. An dieser Steigerung sind hauptsächlich beteiligt der Ortsverband Duisburg, der seine Mitgliederzahl infolge eifriger Verarbeitung der dort wohnenden Bezirksleiter des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter von 795 auf 1900 erhöhen konnte, also um 1105 Mitglieder. Dann folgt Ferlohn mit einer Zunahme von 128, Hamm mit 101, Düsseldorf mit 93, Schwerte-Westhofen mit 81, Haderberg mit 41, Sommerfeld mit 39 und andere. Dieser Zuwachs hat auch seit Beginn des Jahres 1917 nicht nachgelassen, sondern er hat sich erfreulicherweise weiter entwickelt. Demgegenüber steht allerdings auch eine Anzahl von Ortsverbänden, die an Mitgliedern verloren haben, infolge der Einziehungen zum Seeresdienst.

Die Zahl der den Ortsverbänden angeschlossenen Ortsvereine ist um 2 kleiner geworden. Sie betrug Ende 1915 978 und Ende 1916 976. Einige Ortsvereine verfielen der Auflösung, wogegen andere Ortsvereine den Ortsverbänden beigetreten sind. Die aufgelösten Ortsvereine betreffen Textilarbeiter, Bauhandwerker, Fabrik- und Handarbeiter, Maler, Schneider, Holzarbeiter und Köpfer, also Berufe, deren Mitglieder infolge des Krieges ihre bisherige Arbeit zum Teil wechseln und verziehen mußten. Auch die Maschinenbau- und Metallarbeiter haben einige Ortsvereine verloren, die aber durch Neugründungen an anderen Orten wieder ersetzt werden konnten. Wenn trotz der Verringerung der Zahl der Ortsvereine die Mitgliederzahl gestiegen ist, so bedeutet das eine innere Stärkung der Organisation, die auf eine regere Werbetätigkeit zurückzuführen ist. Das trifft hauptsächlich auf die Gewerksvereine zu, deren Mitglieder in der Rüstungsindustrie oder sonst für Seeresbedarf arbeiten, wenn auch nicht für alle. Die zu den Ortsverbänden als neugegründet hinzugekommenen Ortsvereine betreffen fast nur den Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Die Versammlungsstätigkeit war im letzten Jahr in den Ortsverbänden außerordentlich verschieden. Während einige Ortsverbände einen regen Eifer entwickelten, sind andere ziemlich untätig gewesen. Das Verbandsstatut verlangt, daß mindestens einmal im Vierteljahr eine ordentliche Ortsverbandsversammlung stattfinden soll, das sind im Jahre 4 Versammlungen, die als obligatorisch anzuprehen sind und die gewiß keine allzu große Belastung der Mitglieder bedeuten. Doch es auch in der Kriegszeit nicht an Beratungskraft fehlt, ist erwiesen. Wir werden weiter unten auf diese Arbeit der Ortsverbände noch näher eingehen und dadurch den Nachweis liefern können, daß in der Tat ein Mangel an Beratungskraft nicht vorzuziehen werden kann, wenn an verschiedenen Stellen die Versammlungsstätigkeit unter dem festgelegten Maß geblieben ist. Man kann diese Lausheit einzel-

ner Ortsverbände auch nicht entschuldigen, wenn auf die Versammlungsmüdigkeit und Interesselosigkeit der Mitglieder hingewiesen wird. Wohl macht die harte Kriegszeit manche Einschränkungen notwendig, aber Interesse haben unsere Mitglieder sehr wohl für alle die Fragen, die jetzt unser wirtschaftliches Leben berühren. Spiert doch jeder Einzelne die Karten der Zeit am eigenen Leib, und da sollte es nicht möglich sein, einen größeren Teil unserer Verbandskollegen zusammen zu bringen, um diese wichtigen Dinge mit ihnen gemeinsam zu beraten und Wege zur Besserung zu suchen? Hier liegt es wohl mehr am Scharf sinn und an nicht genügend ausreichendem Organisationstalent mancher Ortsverbandsführer, wenn die Mitglieder nachlässig werden. „Wie der Herr so's Geschick“, sagt ein altes Sprichwort, und wenn die Ortsverbandsleitungen sich bemühen, den Ortsverbänden das erforderliche Leben einzubringen, dann werden auch die Mitglieder von dem Leben erfaßt werden und an den Versammlungen teilnehmen. Es muß hier einmal offen gesagt werden, daß in unseren Kreisen der Ortsverbandsstätigkeit in den letzten Jahren, auch schon vor dem Kriege, eine zu geringe Bedeutung beigemessen worden ist. Hier gilt es Wandel zu schaffen und das Interesse der Mitglieder neu anzuregen. Die aufgewendete Mühe wird sich zweifellos durch regere Mitarbeit der Kollegen belohnt machen. Das es geht, beweisen einige Ortsverbände. So hat z. B. der Ortsverband Magdeburg 16 Versammlungen im Jahre 1916 abgehalten. Der Versuch dieser Versammlungen war nicht allzulang, aber den Zeitverhältnissen entsprechend als gut zu nennen. Also dort geht es. Dann folgt Duisburg mit 14 Versammlungen, deren Besuch das gleiche Ergebnis aufweisen kann wie in Magdeburg. Der Ortsverband Hamm i. Westf. hielt 10 Versammlungen ab, deren Besuch für das zweite Halbjahr ebenfalls als gut bezeichnet wird. 8 Versammlungen fanden im Ortsverband Mühlheim a. R. statt, während die Ortsverbände Altenburg, Elbing, Granschütz, Neustadt a. S. und Ullm je 6 Versammlungen abhielten. Mit je 5 Versammlungen sind die Ortsverbände Biberach, Jeknis, Karlsruhe, Leipzig, Pippstadt, Neuwied, Oberergerberg, Schwerte-Westhofen, Stuttgart-Cannstatt und Börde zu nennen. Die große Mehrzahl der Ortsverbände hat sich auf die im Verbandsstatut vorgeschriebenen 4 Versammlungen im Jahre beschränkt, während ein Teil noch darunter geblieben ist. Einige Ortsverbände haben überhaupt keine eigentlichen Mitgliederversammlungen abgehalten. Sie beschränken das mit dem Hinweis auf die örtlichen Beschränkungen des Versammlungsrechtes, auf die jetzt übliche Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit und auf die verringerte Mitgliederzahl infolge der Einberufungen zum Seeresdienst. Die Erledigung der Geschäfte dieser Ortsverbände ist in die Vorstands- und Vertreterkrisen verlegt worden. Das man alles gut sei, aber es entspricht nicht dem Wesen unserer Sache, denn die Mitglieder selbst müssen mitraten und mitarbeiten, wenn das Interesse an der Sache gefördert werden soll. Hier ist also für das laufende Jahr manches zu bessern und nachzuholen. Es soll durchaus nicht verkannt werden, daß die Kriegseinzwirkungen die Erfüllung dieser Aufgabe hier und da erschweren, aber wir haben bereits darauf hingewiesen und wiederholen nochmals, daß es an Beratungskraft, der das Interesse der Kollegen überall weckt und aufrecht erhält, nirgendwo fehlen kann. Es gilt jetzt nicht nur halbe, sondern ganze Arbeit zu leisten, den Zusammenhalt der Verbandskollegen dauernd aufrechtzuerhalten und den später aus-

dem Felde Heimkehrenden den Beweis zu liefern, daß auch die Dahingeliebenen nicht untätig gewesen sind. Wenn auch der Versammlungsbesuch jetzt nicht immer so ist, wie man das wünscht, aus Gründen, die ja allgemein bekannt sind, so darf deshalb die Ortsverbandsstätigkeit nicht völlig lahmgelegt werden. Die kommende Zeit wird den festen Zusammenhalt aller Verbandskollegen erst recht als notwendig erweisen; da darf jetzt keine Lockerung eintreten. Diese Mahnworte bitten wir dringend zu beherzigen und danach zu handeln.

Was haben nun unsere Ortsverbände zur Förderung der gemeinsamen Arbeiterinteressen im Jahre 1916 geleistet? Diese Frage muß gestellt werden, um zu einer Beurteilung des Grades der Ortsverbände gelangen zu können. Die durch den Krieg neu geschaffenen Verhältnisse haben auch den Arbeiterorganisationen neue Aufgaben gestellt, an deren Lösung sie mit den noch vorhandenen Kräften tatkräftig mitarbeiten. Sowohl die Verbandsleistung wie auch die Leistungen der einzelnen Gewerksvereine sind an diesen neuen Arbeiten beteiligt: die Verbandsleitung bei allgemeinen Fragen, die einzelnen Hauptvorstände der Gewerksvereine bei besonderen beruflichen Fragen. Das überträgt sich naturgemäß auch auf die Ortsverbände und Ortsvereine. So ergibt sich, daß fast alle Ortsverbände, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die heut bestehenden Ernährungs Schwierigkeiten zu einem Hauptgebiet ihrer Tätigkeit gemacht haben. Fast alle Berichte der Ortsverbände lassen erkennen, daß und wie man zur Bewältigung dieser Schwierigkeiten mitgewirkt hat. In den meisten Fällen sind die Ortsverbände direkt und selbständig mit Vorschlägen an die Kommunalverwaltungen herantretend, und wenn dabei nicht immer der erwünschte Erfolg erreicht worden ist, so liegt das eben daran, daß nicht mehr Rahnmittel herausgegeben werden können, als zur Verfügung stehen, daß aber auch unser ganzes Verteilungssystem noch große Mängel aufweist. Hier näher darauf einzugehen, erübrigt sich, da wir an anderen Stellen hierüber bereits eingehend unsere Ansicht zum Ausdruck gebracht haben. Ein größerer Teil unserer Ortsverbände gehört dem Kriegsausgleich für Konsuminteressen an; dort wird gemeinam an der Ueberwindung der Schwierigkeiten gearbeitet. Einige Ortsverbände haben die Errichtung von Preisprüfungsstellen gefördert; das bezieht sich auf kleinere Städte, für die eine solche Stelle nicht obligatorisch vorgegeben ist. An anderen Orten sind Kollegen unserer Organisation in diese Preisprüfungsstellen berufen worden, wo sie im Interesse des Ganzen mitwirken. Der Ortsverband Weiskens hat die Gründung eines Konsumvereins angeregt, die allerdings erst nach dem Kriege erfolgen kann, die aber auch dann jedenfalls nicht überflüssig sein wird.

Die zahlreichen Einrichtungen der Kriegswohlfahrtspflege, der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, haben aus dem Kollegenkreis unserer Ortsverbände warmherzige Mitarbeiter gefunden, die es sich nach Möglichkeit angelegen sein lassen, ihr Teil zur Binderung der Not und zur Durchführung der diesbezüglichen Organisationen beizutragen. Manche Ortsverbände haben in der Unterstützung von Familien der zum Seeresdienst einberufenen Verbandskollegen hervorragendes geleistet. Für diesen Zweck hat z. B. der Ortsverband Wilhelmshaven den Betrag von 3000 Mark zur Auszahlung gebracht, der durch Extrabeiträge der Mitglieder aufgebracht wurde.

Auch zu den für die Kriegszeit erlassenen Ver-

ordnungen über den Sparwaga jugendlicher Arbeiter haben verschiedene Ortsverbände zweckentsprechende Stellung angenommen und ihre Ansichten öffentlich zum Ausdruck gebracht.

(Schluß folgt.)

Kriegsbeschädigte!

In einigen Orten sind Vereinigungen von Kriegsbeschädigten gegründet worden. Diese sollen in den Ostertagen auf einem nach Eisen berufenen Kongresse zu einem „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich“ zusammengeschlossen werden. Zweck des Verbandes soll sein:

„Unter Ausschluß aller politischen und konfessionellen Fragen wirtschaftliche Sicherstellung aller Kriegsbeschädigten; tätige Mithilfe des Kriegsbeschädigtenverbandes an der bestehenden amtlichen Fürsorge durch die Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten und unter besonderer Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Kriegsbeschädigten namentlich in der Berufsberatung; in Verbindung mit allen maßgebenden Stellen und Faktoren Ausbau der gesamten Fürsorge zu einer durchwegs praktisch arbeitenden.“

Ist eine solche Organisation der Kriegsbeschädigten zweckmäßig und notwendig?

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist einheitlich im Reich organisiert, wenn auch die reichsweite Regelung noch nicht erfolgt ist, die von der Konferenz der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 23. August 1916 in Köln a. Rh. gefordert wurde. In der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind alle wirtschaftlichen, Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen, somit auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände vertreten und tätig. Es ist richtig, daß diese Fürsorgeorganisation nicht in allen ihren Teilen sich als so wirksam erweist, wie es sein könnte und sein müßte. Das liegt jedoch weniger an der Organisation der Fürsorge, als daran, daß an manchen oft recht einflußreichen Stellen sich ein Bürokratismus geltend macht, der weder der großen gemeinsamen Sache, noch der gegenwärtigen Zeit entspricht. Hier muß Wandel geschaffen werden. Erst dann, wenn die darauf gerichteten Bemühungen vergeblich bleiben sollten, wäre eine andere der Sache selbst und den Interessen der Kriegsbeschädigten besser dienende Organisation zu schaffen, jedoch nicht von den Kriegsbeschädigten selbst. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge muß Sache des gesamten Volkes und insbesondere der Organisations sein, die bisher die wirtschaftlichen Interessen derjenigen vertreten haben, die als Kriegsbeschädigte vom Kampfplatz abgetreten sind und den Kampf ums Dasein, um die Sicherung ihrer Lebenshaltung unter für sie erschwerten Bedingungen in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft wieder aufnehmen müssen. Nur in den Organisationen, in denen er die Hilfe seiner voll leistungsfähigen Kollegen und Arbeitsgenossen findet, wird der Kriegsbeschädigte Kraft für den Kampf ums Brot und Daseinsfreude wieder gewinnen. In der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer wurde bisher schon der Weg zur praktischen Fürsorge für die ins Arbeitsverhältnis zurückkehrenden Kriegsbeschädigten bestritten.

Zwar dürfen die Kriegsbeschädigten nicht nur Objekt der Fürsorge sein; sie müssen selbsttätigen Anteil an ihr haben. Dazu jedoch bedarf es keiner besonderen Organisation der Kriegsbeschädigten. Eine solche Vereinigung der dauernd Leidenden würde nur niederdrückend auf diejenigen wirken, die gehoben werden müssen, um sich als vollwertige Kräfte im Wirtschaftsleben zu fühlen. Sie ist weder zweckmäßig noch notwendig, besonders nicht für die Arbeiter und Angestellten. Diese finden ihre Interessenvertretung unter eigenem Mitwirken in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden, die neben ihrer Mitarbeit in der allgemeinen Kriegsbeschädigtenfürsorge besondere Einrichtungen haben, den Kriegsbeschädigten zu dienen. Es sind dies u. a. deren Arbeitersekretariate und sonstigen Rechtsstellen. Hier findet der Kriegsbeschädigte nicht nur Rat, sondern auch die Rechtshilfe, deren er bedarf.

Mit dieser Hilfe, die dem einzelnen Kriegsbeschädigten in seinem Rechtsstreit kostenlos gewährt wird, hat es nicht sein Bewenden. Vielmehr haben die Interzessionen Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände Einrichtungen in Verbindung mit der amtlichen bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge getroffen, die auf den Gebieten der Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abwehr der Anrechnung der Renten auf das Arbeitseinkommen usw. den besonderen Aufgaben der Kriegsbeschädigten

tenfürsorge gewidmet sind. Damit dürfte alles das erreicht werden, was eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten erreichen könnte.

Bei der Propaganda für die Gründung einer solchen Organisation wird auch darauf hingewiesen, daß der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge dafür Sympathie zeige. Das ist durchaus unzutreffend. Weder der Reichsausschuß, noch eine andere für die Sache in Betracht kommende amtliche Stelle sieht in dieser Gründung eine Förderung der Interessen der Kriegsbeschädigten. Gerade uns, die wir diesen nach allen Richtungen hin dienen wollen und durch unsere Organisationseinrichtungen auch dienen können, erscheint aus den oben dargelegten Gründen eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten nicht nur überflüssig, vielmehr für diese selbst nachteilig. Die Kriegsbeschädigten dienen ihrer Sache am besten, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden.

- Generalkommission d. Gewerkschaften Deutschlands.
- Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
- Verband der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.).
- Polnische Berufsvereinigung.
- Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.
- Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Bevölkerungspolitik nach dem Kriege.

Im letzten Sommer hat der Reichstag einen Ausschuß eingesetzt, der sich ausschließlich mit den Fragen der Bevölkerungspolitik beschäftigen soll. Als einzige Aufgabe ist ihm zugewiesen, für diese einen wohlverwogenen Plan zu entwerfen, der nach dem Kriege durchgeführt werden soll. Es muß überraschen, daß ein derartiger Ausschuß nicht schon längst besteht. Auch bereits vor dem Kriege war er nötig. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß unsere gesamte soziale Fürsorge eine großangelegte Bevölkerungspolitik bedeutet. Es wird sich auch in Zukunft nur darum handeln können, ihre einzelnen Zweige weiter auszubauen, in manche Fürsorgebestrebungen mehr Plan und Zusammenhang zu bringen, einzelne Arbeitsgebiete zu vereinheitlichen und namentlich gewisse Bestrebungen für Mutter- und Kinderzuschuß nachdrücklicher und großzügiger durchzuführen.

Es leuchtet ein, daß im Rahmen der Bevölkerungspolitik besonders die letzteren Bestrebungen die wichtigsten sind. Sie bilden die Grundlage dieser Politik, die Schiffbruch leiden wird, wenn es an ausreichendem „Schutz für Mutter und Kind“ fehlt. Sie muß ihren Schutz nicht nur über die arme Wöchnerin, sondern über alle irgendwie bedürftigen oder gewerblich tätigen Mütter — und zwar zur rechten Zeit — ausbreiten, die guter Hoffnung sind. Daß eine weitanschauende Bevölkerungspolitik unsere ganzen sozialen Verhältnisse durchdringen muß, ist selbstverständlich. Aber am notwendigsten ist zunächst ein besserer Schutz für Mutter und Kind. Viel geschieht schon jetzt auf diesem Gebiet, aber noch unzureichend, mehr bleibt zu tun übrig. Es gibt heute im Reich — abgesehen von der als Ausnahmemaßregel zu betrachtenden Mutterhilfe während des Krieges — noch Millionen armer Mütter und Kinder, die in der gefährlichsten Zeit völlig ungeschützt sind. Ungezählten Tausenden deutscher Mütter fehlt in ihrer schwersten Stunde selbst die Hebamme; nicht aus Zufall, sondern wegen der rückständigen sozialen Verhältnisse. Im Jahre 1910 vollzog sich im Regierungsbezirk Allenstein etwa ein Drittel der Geburten ohne Hilfe von Hebamme und Arzt; ungezählten Müttern fehlte es an allen Hebelnsmitteln zur ersten Pflege und Abwartung des Säuglings. Man braucht nicht näher zu erörtern, wie schwer Mutter und Kind unter solchen Zuständen leiden. Die Ziffern der Sterblichkeit von Wöchnerinnen und Säuglingen bringen den Bevölkerungsschaden nicht voll zum Ausdruck. Man muß auch berücksichtigen, daß vielfach die Gesundheit der Mutter schon im ersten Wochenbett so schwer geschädigt wird, daß lange Krankheits- und spätere schwächliche, körperlich untätige Kinder oder Unfruchtbarkeit, wenn nicht vorzeitiger Tod die Folgen sind.

Eine gründliche Reform des Hebammenwesens ist also unbedingt notwendig. Kein größerer deutsches Dorf darf ohne Hebamme und ohne Verein für Säuglings- und Mutterchutz sein. Die Verwaltungsbehörden haben sich auf diesem Gebiet viel mehr als bisher zu betätigen. Selbstverständlich muß die heute gewährte Reichswöchnerhilfe auch

nach dem Kriege bestehen bleiben und weiter ausgebaut werden. Aber alle heutige Hilfe wäre vergebens, würde man die heutige oft grobe Unwissenheit über Wöchnerinnen- und Säuglingspflege weiter bestehen lassen. Hier sündigen die Mütter selbst am unerantwortlichsten. Sie haben von ihrem eigenen Schutz vor und nach dem Wochenbett und von der Säuglingspflege oft die barbarischsten Begriffe. Auch dort trifft man diese, wo nicht aus Armut gequält wird. Es gilt also namentlich auch die zukünftigen Mütter über das, was not tut, rechtzeitig aufzuklären. Ein pädagogisch einwandfreier Weg für diese Aufklärung muß unbedingt und ohne Zimperlichkeit gesucht und gefunden werden.

Es ist selbstverständlich, daß unsere soziale Fürsorge sich auch noch mehr als bisher auf die lohnarbeitende Frau zu erstrecken hat. Die heutigen Verhältnisse der Fabrikarbeiterinnen sind zwar nur Ausnahmestände und werden nach dem Kriege wieder beseitigt, aber es ist doch im Frieden viel mehr Bedacht darauf zu nehmen, daß Frauen und Mädchen von Beschäftigungen ferngehalten werden, die ihre Gesundheit und ihre Fähigkeit, Mutter zu werden, beeinträchtigen. Ob für Frauen in Fabriken der Achtstunden tag allgemein eingeführt werden kann, wird nach dem Kriege eine Frage unserer wirtschaftlichen Lage sein, doch jedenfalls muß mit den ungemäßen zahlreichen Bewilligungen zur Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auch für Frauen ein Ende gemacht werden, die für viele weibliche Arbeiterinnen in Fabriken den Arbeiterichs sehr erheblich einengen. Auch ist mehr darauf zu sehen, daß die bestehenden Arbeiterichsbestimmungen tatsächlich durchgeführt werden. Hier liegt auch in den Ladengeschäften viel im argen. Zahllose Verkäuferinnen erkranken schwer und werden Mutterkraft unfähig, weil die vorgedruckten Schutzbestimmungen einfach nur auf dem Papier stehen. Wie die Zahl der weiblichen Fabrikinspektoren sehr erheblich vermehrt werden muß, so sind auch behördliche Aufsichtspersonen zu bestellen, die auf die Verhältnisse in den Läden, kaufmännischen Lagern und Schreibstuben, wo Mädchen und Frauen beschäftigt werden, achten; und zwar im Hauptamt wie die weiblichen Fabrikinspektoren und nicht etwa nur nebenbei.

Der vielfach geäußerte Wunsch, daß die Arbeiterverflechtung auch auf die gewerbliche Heimarbeit jeder Art auszuweiten ist, muß schon aus bevölkerungspolitischen Gründen erfüllt werden. Die ebenfalls am Schutz der lohnarbeitenden Frauen verlangte Einführung von Mindestlöhnen für Frauen ist ein sehr schwieriges Problem und kann, wie auch die vielfachen Verhandlungen über diesen Punkt lehrten, nicht im Handumdrehen gelöst werden. Aber vielleicht ist es möglich, eine wucherische Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte genau so unter Strafe zu stellen, wie den Wucher überhaupt. Was Lohnwucher ist, läßt sich leicht feststellen, wenn man, wie bei den Gewerbetreibenden, Sachverständige aus Unternehmer- und Arbeiterkreisen bei derartigen Strafverfahren auszieht.

Eines ist gleichfalls nötig: Möglichste Verbilligung der Lebensmittel. Brot, Milch und Fleisch zu Wucherpreisen oder überhaupt nur zu teuren Preisen werden jeder erfolgreichen Bevölkerungspolitik hinderlich sein. Schon die Familiengründung leidet unter hohen Lebensmittelpreisen. Es werden weniger Heiraten geschlossen, die Kinderzahl geht in Leuerungszeiten zurück. Je schwächer es wird, Kinder zu nähren und groß zu ziehen, um so weniger Kinder werden wir haben. Auf diese Tatsache ist der Rückgang der Geburten schon seit Jahren im wesentlichen zurückzuführen. Alle anderen Gründe sind nach unserer Ueberzeugung nebensächlich. Wir deuteten schon an: Gute und erfolgreiche Bevölkerungspolitik bedeutet das Aufrollen unserer gesamten sozialen Zustände und ihre Besserung.

Neben den großen weitanschaulenden Maßnahmen soll man die kleinen Mittel nicht vernachlässigen. Sie dienen vielfach zur Entlastung der erwerbstätigen Mütter und geben den unbehüteten Kindern gleichzeitig Schutz und Pflege. Dabin gehören die Kindergärten und Kinderorte, die Säuglingspflege- und -beratungsstellen, die Kindervaldfahrten, Ferienkolonien und überhaupt alle Bestrebungen, die auf Erleichterung der Jugend hinielen. Es ist hier Großes vom

*) Am d. Redaktion: Hierher gehört auch die Durchführung des Grundgesetzes: Gleicher Lohn für gleiche Leistungen!

kleinen alles, was kommt an Reich...

Zum und Mollter guter dem Len worden r die Natu hineinrei Jahre du der und zogen, de feiern di hoffen w erlebte dem Sie rührung noch meh deutches so ungeh keinem 2 Volksgen lugeitne die Gleich führt we sondern i lichen G Wanne v auter ar deutchen Rock ver geben gedu Und kämpfen, vereine i Wie wir an allem vollen F auch die werden v lich-natio daran set dieser K werden a gewaltig Pflanz l schaft gel lich beba zweifeln unsere se rung de Kriegsja setzen wi daß sie a Anhänga Mißhalt Bon daß aus achtret reifen w diesem U ficherung, schließlich hat, so lingen, und eine seiner fr kann, in

kleinen kann zu trennen. Wichtig ist schließlich alles, was unsere Jugend und damit unsere Zukunft angeht.

Reich, Bundesstaaten, Gemeinden und Körperschaften müssen sich noch weit mehr in den Dienst von Mutter und Kind stellen. Wenn hier Größeres von ihnen verlangt wird, so ist nicht zu verargen, daß sie selbst von dem Einzelnen jetzt und zukünftig höhere Leistungen erwarten. Es heißt hier Dienst um Dienst. Das Vaterland ist einem Volk um so teurer, je mehr es ihm selbst eine liebevolle Mutter ist. Auch am deutschen Volke hat das der Weltkrieg bewiesen. R. Corvey.

Allgemeine Rundschau.

Donnerstag, den 5. April 1917.

Zum Osterfest ebneten wir allen Kollegen und Kolleginnen, Freunden und Mitkämpfern unserer guten Sache die herzlichsten Grüße. Selten ist dem Venz der Sieg über den Winter so schwer geworden wie in diesem Jahre. Es schien, als hätte die Natur sich auch in den furchtbaren Kampf hineinreichern lassen, der die Welt nun fast drei Jahre durchstößt. Aber es ist doch Frühling geworden und mit ihm das Fest der Auferstehung eingezogen, das wir diesmal mit besonderen Gefühlen feiern dürfen. Aus der blutgebunnenen Erde, so hoffen wir zuversichtlich, wird endlich der heiserernte Friede steigen, ein Friede, der uns mit dem Siege die Sicherheit für eine ungestörte Fortführung unseres Wirtschaftslebens bringt. Aber noch mehr dürfen und müssen wir erwarten. Unser deutsches Vaterland, für das in dieser schweren Zeit so ungeheure Opfer gebracht worden sind, soll in seinem Innern neu ausgebaut werden, damit alle Volksgenossen sich wohl und heimlich darin fühlen. Unzeitgemäße Vorrechte müssen hinweggeräumt und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger durchzuführen werden, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern durch eine wirkliche Umgestaltung der staatlichen Einrichtungen. So ist es feierlich von dem Manne versprochen worden, der als höchster Beauftragter an der Spitze des Reichs und des größten deutschen Bundesstaates steht, so darf es auch das Volk verlangen, das für das Reich sein Bestes hingeben und außerdem die schwersten Entbehrungen geduldig auf sich genommen hat.

Und auch unsere Sache, für die wir gemeinsam kämpfen, die Organisation der Deutschen Gewerkschaften darf getrost der Zukunft entgegen schauen. Wie wir treu und freudig seit Anfang des Krieges an allem mitgearbeitet haben, was einen ehrenvollen Frieden zu beschleunigen, gleichzeitig aber auch die schweren Nöte zu mildern geeignet war, so werden wir auch weiterhin, getreu unsern freiheitlich-nationalen Anschauungen, alle unsere Kraft mit daran setzen, um unser Vaterland durch die Klippen dieser Kriegsbrandung hindurchzubringen. Wir werden aber ferner auch alles aufbieten, um die gewaltigen Aufgaben, die nach Friedensschluss ihrer Lösung barren, zu einem für die deutsche Arbeiterschaft gedeihlichen Abschluß zu bringen. Dazu freilich bedarf es der Mitwirkung aller Kräfte, und wir weisen nicht daran, daß schon aus Dankbarkeit für unsere heldenmütigen Brüder, aber auch in Anerkennung dessen, was die Organisation in diesen drei Kriegsjahren geleistet hat, jeder sein Bestes daran setzen wird, unsere Gemeinschaft so stark zu machen, daß sie allen Stürmen Trotz bieten und allen ihren Anhängern auch weiterhin der starke Schutz und Rückhalt ist, als der sie sich stets bedient hat.

Von diesen Gedanken befeelt, in der Hoffnung, daß aus der blutigen Saat, die rings um uns ausgeht, eine bessere, friedliche Zukunft heranzuwachsen wird, begehen wir als deutsche Arbeiter in diesem Jahre das Osterfest, das Fest der Auferstehung. Wie über den schweren Winter doch schließlich der Frühling die Oberhand gewonnen hat, so wird es auch dem deutschen Volke gelingen, seiner zahlreichen Feinde Herr zu werden und einer Zeit die Bahn zu ebnen, in der jeder seiner friedlichen Beschäftigung wieder nachgeben kann, in der aber auch jeder Deutsche sich als gleich-

wertiger und gleichberechtigter Sohn seines Vaterlandes fühlt.

Keine Lebensmittelsendungen ins Feld! Die wärmere Jahreszeit naht. Doppelt ist damit die Mahnung am Plage: Sendet keine Lebensmittel nach der Front und den Etappengebieten! Warum? Einmal werden sie zu leicht; sodann sind solche Sendungen überflüssig, da für die Truppen draußen durch die Heeresverwaltung reichlich gesorgt ist. Die Heimat braucht ihre Lebensmittel heute selbst; durch unnötige Feldsendungen wird sie geschädigt. Darum behaltet zu Hause, was ihr habt, und begnügt euch damit, euren heldenmütigen Angehörigen nur Zigaretten, Zigarren, Tabak und dergleichen zu schicken! Draußen nützen Lebensmittel auch dem einzelnen wenig, im Heimatgebiete schmälert jede Feldsendung solcher die vorhandenen Vorräte erheblich. Darum noch einmal: Unterlaßt alle Lebensmittelsendungen ins Feld!

Eine weitere Milderung des Sparzwanges für Jugendliche ist durch eine Nachtragsverordnung des Oberkommandos in den Marken vom 23. März eingetreten. Zunächst ist dadurch die abzugsfreie Mindestgrenze mit Rücksicht auf die weiter gestiegenen Kosten des Lebensunterhalts auf dreißig Mark für die Woche erhöht worden. Von diesem Betrage werden nunmehr auch kleinere Anschaffungen in der Regel befreit werden können, so daß es nicht jebeimal der Anrufung des Gemeindevorstandes bedarf. Ferner ist den Jugendlichen, einem vielfach geäußerten Wunsche entsprechend, das Recht gegeben worden, nach vollendetem 18. Lebensjahre von der Sparkasse eine einmalige schriftliche Auskunft über die Höhe ihres Guthabens zu fordern. Endlich sind über Abhebungen aus dem Sparguthaben für Jugendliche, die zum Heeresdienst einberufen werden, neue Bestimmungen getroffen. Gegen Vorkäufung des Gestaltungsbeschlusses sind von der Sparkasse ohne weiteres einmalig bis zu fünfzig Mark auszahlbar; hierzu bedarf es keiner Genehmigung des Gemeindevorstandes (Vormundschaftsamt usw.). Zu weiteren Auszahlungen nach der Einstellung in das Heer ist die schriftliche Zustimmung des Truppenteils erforderlich und genügend.

Die neuen Bestimmungen sind am 2. April in Kraft getreten. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß die Verordnung vom 26. 8. 1916, wonach Jugendliche, deren Sparguthaben mindestens 100 Mark beträgt, bei der Sparrasse Kriegsanleihe zeichnen können, unverändert in Kraft ist. Sierben werden hoffentlich die Jugendlichen auch bei der jetzigen Kriegsanleihe in weitest möglicher Gebrauch machen, um so auch ihrerseits zur baldigen siegreichen Beendigung des Krieges mitzuwirken.

Die Verkehrssteuer angenommen. Der Reichstag hat die neuen Steuerentwürfe angenommen, wofür ihm kaiserlicher Dank zuteil wurde. So sehr man die Vermittlung darüber mitempfinden kann, daß die deutsche Volkswirtschaft zur Deckung der notwendigen Ausgaben neue Steuerquellen erschlossen hat, so ist doch nicht das Bedauern zu unterdrücken, daß unter den neuen Steuern sich solche befinden, die Handel und Verkehr schwer zu bedrücken geeignet sind. Dies trifft vor allem zu auf die Verkehrssteuer, gegen die auch wir uns lebhaft mit guten Gründen wandten. Die Verkehrssteuer ist angenommen, und wir können nur wünschen, daß ihre Lebensdauer keine allzu lange sein möge. Auch im Plenum des Reichstages wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß die Verkehrssteuer einen ungünstigen Einfluß auf die Wohngelegenheiten der Großstadt ausüben wird. Trotzdem, wie gesagt, gelangte sie zur Annahme, und zwar in einer Form, daß wir auch mit einer Verteuerung des Rahverkehrs vorläufig rechnen müssen. Es ist aber anzunehmen, daß sich bei der nach Friedensschluss vorzunehmenden großzügigen Reichsfinanzreform Wege finden werden, die zu einer stärkeren Verzinsung der wirklich Leistungsfähigen im Reiche führen und daß hierbei die inzwischen gesammelten Erfahrungen eine Entlastung des Verkehrs zeitigen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Februar zeigt nach dem „Reichsarbeitsblatt“ keinerlei wesentliche Verschiebung des Bildes, welches das deutsche Wirtschaftsleben seit Monaten bietet. Im Vergleich zum Februar des Vorjahres ist verschiedentlich noch eine weitere Steigerung der Beschäftigung festzustellen.

Im Vergleich mit den Sittenwesen herrscht dieselbe außerordentlich lebhaftige Nachfrage, wie sie für die vorhergehenden Monate kennzeich-

nend war. Dem Vorjahr gegenüber ist im Vergleich im allgemeinen eine Verbesserung nicht herorgetreten. Demgegenüber steigt aber die Eisen- und Metallindustrie wie der Maschinen- und Apparatebau vielfach eine weitere Steigerung der angespannten Beschäftigung dem Februar 1916 gegenüber. Ähnliches gilt auch für die elektrische Industrie. In der gemischten Industrie, in der sich die Lage im allgemeinen auf der gleichen Höhe wie im Vormonat behauptete, ist verschiedentlich gleichfalls der Beschäftigungsbefriedigender als im Februar des Vorjahres ausgefallen. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat sich im ganzen ein Rückgang geltend gemacht.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. März 1917 in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. Februar gegenüber insgesamt eine Zunahme um 29 334 Beschäftigte oder 0,37 v. H. (gegenüber einer Abnahme der Beschäftigtenzahl um 0,44 v. H. im Vormonat). An der Zunahme der Beschäftigten sind sowohl die Männer als auch die Frauen und Mädchen beteiligt. Die Zunahme der männlichen Beschäftigung beträgt 4226 oder 0,11 v. H. (gegenüber einer Abnahme um 1,16 v. H. im Monat zuvor). Etwas größer ist die Erhöhung der weiblichen Beschäftigtenziffer. Sie stellte sich am 1. März auf 25 108 oder 0,64 v. H. (gegenüber einer Zunahme um 0,29 v. H. im Vormonat). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zunahme im Berichtsmontat größer ausgefallen, und zwar nicht nur deshalb, weil die Männer dieses Mal nicht wie im vorigen Jahre eine Abnahme aufzuweisen hatten, sondern weil auch die weibliche Beschäftigung etwas stärker zugenommen hat als im vorigen Jahre. Zu berücksichtigen ist bei der Beurteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigtenzahl, daß die Kriegsgefangenenarbeit in den Erhebungen der Krankenkassenstatistik nicht einbezogen ist. Die Krankenkassenstatistik gibt also kein vollständiges Bild von dem Umfang und der Veränderung der männlichen Beschäftigung. Das sei ausdrücklich betont angesichts der von einer Seite gemachten Ausführungen, daß die im vorigen Heft des Reichs-Arbeitsblattes gegebene Kennzeichnung der Lage im Monat Januar (als dem Vormonat gegenüber unverändert) nicht in Übereinstimmung zu bringen sei mit der ziffernmäßigen Wachstum der Beschäftigung (um 0,44 v. H.), welche die Krankenkassenstatistik erkennen läßt. Abgesehen davon können so geringe zahlenmäßige Verschiebungen, wie die von noch nicht 0,5 v. H. gegenüber den Feststellungen in den Industrieberichten nicht ins Gewicht fallen.

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in 36 Jahreshänden, die für 813 581 Mitglieder berichteten, wurden Ende Februar 12 797 Arbeitslose oder 1,6 v. H. gegen 1,7 v. H. im Vormonat ermittelt. Die Arbeitslosenquote ist also um ein Geringes gesunken. Die Arbeitslosigkeit insgesamt stellte sich im Berichtsmontat gegen den Februar in den drei vorhergehenden Jahren zum Teil wesentlich niedriger, da sie 1914 3,7, 1915 5,1 und 1916 2,8 v. H. betrug.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt wie im vorigen Monat auch dieses Mal für das männliche Geschlecht ein geringes Steigen des Andranges der Arbeitsuchenden erkennen, während auf dem weiblichen Arbeitsmarkt der Andrang der Bewerberinnen weiterhin gesunken ist. Im Februar kamen bei den Männern 62 Arbeitsuchende (gegen 61 im Vormonat) auf je 100 offene Stellen, während beim weiblichen Geschlecht sich der Andrang von 115 Arbeitsuchenden bei je 100 der gemeldeten offenen Stellen auf 112 v. H. verminderte.

Die Berichte der Arbeitsnachweiseverbände lassen für Rheinland keinerlei erhebliche Abweichung der Lage des Arbeitsmarktes vom Vormonat erkennen; das gleiche gilt auch für den landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt in Wommern. In den thüringischen Staaten konnten die sich meldenden Arbeiter aus dem Spinnstoffgewerbe wie aus der Porzellanindustrie usw. ohne erhebliche Schwierigkeiten untergebracht werden. Auch sonst hat sich die Lage der Arbeitsuchenden beiderlei Geschlechts im allgemeinen günstiger gestaltet, als sie in den Vormonaten war; das wird besonders aus Württemberg berichtet. Für Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen wie für Westfalen wird eine Verringerung des Andranges von Arbeitskräften festgestellt. In Ostpreußen wie in Baden tritt ein Mangel an Angebot wie Nachfrage hervor. Im Königreich Sachsen ist die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise im allgemeinen etwas geringer geblieben, als sie im Vormonat war.

Erweiterung der Befugnisse der Reichsbeleidungsstelle. Die Befugnisse der Reichsbeleidungs-

Ämtlicher Teil.

Begräbnisliste des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden (G.D.) Leistung über eingegangene Beiträge pro Monat März 1917.

Hausbauwerker: Königberg Nr. 234, Posen Nr. 1705 2.08, Brauer: Breslau 934, Fabrik- und Handarbeiter: Braunk. 0.94, Frauen und Mädchen: Danzig 10.72, Kaufleute: Berlin Nr. 3665 3.12, Berlin Nr. 2295 1.04, Wäcker, Radierer etc.: Augsburg 2.86, Berlin III 2.47, Maschinenbau- und Metallarbeiter: Arit Nr. 1605 1.17, Gumbinnen Nr. 3221 2.08, Fuhrmann Nr. 3932 4.68, Pieper Nr. 3975 1.04, Oefele Nr. 870 2.34, Porzellanarbeiter: Strauß Nr. 674 4.68, Paternoster Nr. 1481 5.00, Schneider: Leipzig 30.42, Kiegebauer Nr. 2937 1.17, Schalla Nr. 3318 0.78, Schuhmacher und Lederarbeiter: Berlin Nr. 10.29, Wittenau 8.75, Frankfurt Nr. 1614 1.50, Zeiß 1.06, Fröhlich Nr. 2654 2.40, Saagemeister Nr. 975 0.39, Textilarbeiter: Sträß Nr. 2475 1.82, Wilmshagen Nr. 5382 3.38, Leerte Nr. 1878 3.12, Töpfer: Duisburg Nr. 2850 1.04, Zigarren- und Tabakarbeiter: Prenglau 19.18, Einzelmitgl. Nr. 5376 1.69, Summa Mf. 144.28.

Berlin, den 1. April 1917.
R. Klein, Hauptkassierer.

Unter Bezugnahme auf § 5 des Statuts machen wir bekannt, daß nachstehende Mitglieder der Begräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden aus der Kasse ausgeschlossen sind, wenn sie nicht innerhalb vier Wochen die restierenden Beiträge bezahlen:

Frauen und Mädchen: Danzig Nr. 5642, 5643, 5644, 5645, Maschinenbau- u. Metallarbeiter: Nr. 5634, Schneider: Breslau I Nr. 5638, Schuhmacher und Lederarbeiter: Frankfurt a. O. Nr. 5467, Birmasens Nr. 4208, Roswein Nr. 6679, Weihenfels Nr. 4087, 5178, 5289, 5287, Textilarbeiter: W. Glöblich Nr. 4112, Tannhaußen Nr. 2180, Töpfer: Niedermünde Nr. 5403.

Berlin, den 2. April 1917.
Paul Käizer, R. Klein, Vorsitzender, Hauptkassierer.

Aus dem Verbands.

Jena. Unsere zum 26. März einberufene Ortsverbandssammlung erzielte sich eines guten Besuches nicht nur seitens unserer Mitglieder, sondern auch von Freunden der Verbände der Deutschen Gewerbetreibenden. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Hartmann, Berlin, hielt einen Vortrag über: „Die Aufgaben der Deutschen Gewerbetreibenden in Gegenwart und Zukunft“. In seinen vortrefflich angelegten Darlegungen warf der Redner zunächst einen Rückblick auf die Vorgeschichte und die erste Zeit des Krieges. Er schickte dann eingehend, wie die Organisa-

tionen der Arbeiter mit dazu beigetragen haben, das Wirtschaftsleben wieder in Fluß zu bringen, und wie sie auch sonst auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens tätig gewesen sind, um die Wirkungen des Krieges abzumildern. An Erfolgen hat es dabei nicht gefehlt. Das ist mit zurechtzuführen auf das einheitliche Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen verschiedener Richtungen. Öffentlich wird dieses außerordentliche Verhältnis im Interesse der deutschen Arbeiterklasse mit in die Friedenspolitik übernommen. Auch auf deutschen Gebieten hätte diese Gemeinschaftsarbeit, wie A. B. in Rheinland-Westfalen zu guten Resultaten geführt. Aber viel größere Aufgaben noch harren der Arbeiterorganisationen nach Friedensschluß. Deshalb sei es notwendig, die Ortsvereine durch Gewinnung neuer Mitglieder zu stärken, um eine desto nachhaltigere Vertretung der Interessen der Arbeiter zu sichern. Auch im politischen Leben müßten sich die Gewerbetreibenden mehr als bisher betätigen. Sie müssen versuchen, in den Gemeindeverwaltungen, den Landtagen und im Reichstage ebenso wie bei allen andern staatlichen und sozialen Einrichtungen sich eine Vertretung zu sichern. Nur dann wird es den Gewerbetreibenden möglich sein, sich auch in der Öffentlichkeit mehr als bisher durchzusetzen und der Gesellschaft gegenüber die Interessen ihrer Mitglieder so wahrzunehmen, wie es notwendig ist. Der Redner schloß mit einer eindringlichen Mahnung, nicht nur treu zur Fahne der Gewerbetreibenden zu halten, sondern alles aufzubieten, daß die Reiben unserer Anhänger gestärkt werden. Der Vortrag, der sehr viel Anregendes und Belehrendes bot, fand in der Versammlung lebhaften Beifall. In der ihm folgenden Aussprache wurde von einem Redner u. a. auch die Bewegung des immer noch freigebliebenen Arbeitsmarktes im Landestage des Großherzogtums Sachsen-Weimar gefordert. x.

Besammlungen.

Berlin, Diskussionsklub der Deutschen Gewerbetreibenden (G.D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbetreibenden, Greifswalderstr. 221-23. Nächste Sitzung am Mittwoch, den 2. Mai. — **Rostburgschiffen-Kerein (G.D.)** (Ortsverein II G.D.) Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Sport-Restaurant, Dürrenstraße 1. Die beiden anderen Dienstag Sitzungen, Lüchowstraße 93 bei Gerecht. — **Sonnabend, den 7. April 1917.** Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8-10 Uhr, Café-Abend im „Nordwest-Kokino“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII.** Dienstag, 10. April, (3. Feiertag), vorm. 10-12 Uhr, Schönhauser Allee 57, Jahltag.

Orts- und Bezirksverbände.

Hannover-Linien und Immegend (Ortsverband). Sonntag, 8. April, nachm. 3 Uhr, Ortsverbandsbüro in der „Königsstraße“, Brühlstr. 12. Vortrag: „Hilfsdienstpflicht“. Ausgabe neuer Ausweisarten für Frauen usw.

Anzeigen-Teil.

Unterzale werden aus gegen vorbestellte Bezahlung aufgenommen.

Wer erschienen und vom Verbandsbureau zu beziehen sind die Vorschriften:
Was der Arbeiter von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wissen muß.
Von Verbandsdirektor Leonor Lewin.

Meine Ansprüche aus der Unfallversicherungsgesetzgebung.
Von Anton Gröteleng.

Rechte und Pflichten aus der Krankenversicherung in der Reichsversicherungsordnung.
Von Karl Goldschmidt.

Jeder Gewerbetreibender sollte schon im eigenen Interesse sich in den Besitz dieser Schriften setzen. Preis pro Exemplar 20 Pf., 10 Stück lassen 2.50 M., 30 Stück 4.75 M. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einzahlung des Betrages zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis von R. Schumacher. Preis 10 Pf.

Das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Geschäftswelt von B. Gleichauf. Preis 10 Pf.

Ausführliches des Verbandsanwalts Dr. Max Giesch 160 x 220 mm. Preis 50 Pf.

Reform des Arbeitsrechts von Dr. Giesch. Preis 30 Pf.

Die Krankenversicherung von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.

Die Unfallversicherung von Anton Gröteleng. Preis 30 Pf.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von L. Lewin. Preis 30 Pf.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstützung bei Eheable-Schramberg, Bernsdorf 104 und bei Erdolin, Giesche, Schillig, Hauptstr. 49, bei der kath. Kirche.

Strehlen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgehalt von 75 Pf. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Strohdel i. Ergge. (Ortsverb.). 1 M. Unterstützung über Karten in der Herberge zur Heimat, Schöppan.

Matthar, O.-Schl. (Ortsverb.). durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Ortsvereinskassierer Franz Weiß, Salzh. 17.

Hamburg. Das Arbeitersekretariat befindet sich Marcastr. 13. Telefon Gruppe VI 9715. Auszahlung der Reisegelder und Arbeitsvermittlung.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegelder der Ortsvereine und des Ortsvereinskassierers geschieht auf dem Sekretariat, Dählmannstr. 4.

Cottbus (Ortsverband). Unserer Herberge befindet sich im Gasthof „Zum preussischen Hof“, Laubenstraße 19, in der Nähe des Bahnhofs. Durchreisende Kollegen erhalten Herbergskarten bei den Ortsvereinskassierern und für den Ortsverband bei Kollegen E. Bollweger, Lutherstr. 4.

Sibirg (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Reisegeld von 75 Pf. bei Reichhahn, Schottlandstr. 23.

Biberach a. N. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Gehalt von 1 M. beim Ortsvereinskassierer J. Martini, Hofstraße 18 I.

Hirna (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstützung beim Kollegen E. Brauer, Schillerstr. 8 I.

Hirschberg (Ortsverband). Die Unterstützungsmarken erhält durchreisende Verbandskollegen bei Weiß, Sechstraße 6a.

Neusalz (Ortsverband). Durchreisende Arbeitslose erhalten Unterstützung von 75 Pf. beim Ortsvereinskassierer Aug. Giesche, Ballstr. 2.

Wippstadt (Ortsverband). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 75 Pf. gezahlt bei J. Kleine, Bölenförderstr. 21.

Warth i. Pom. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 50 Pf. Karten und zu haben bei F. i. e. b. West, Pleigerstraße 80. Arbeitsnachweis dabeist.

Rösigberg (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgehalt von 1 M. beim Kollegen Fr. Fenthur, Vorderer Vorhof 55. Dabeist befindet sich auch der Arbeitsnachweis.

Wandau (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 75 Pf. Ortsgehalt beim Kollegen K. o. n. o. w. s. t. i., Kulmerstraße 1.

Spandau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen aller Berufe erhalten ein Ortsvereinsgehalt von 75 Pf. Arbeitszeit, Wismarstr. 11.

Professal. Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterstützung bei Herz, Marktstraße 80.

Obereingebirgischer Ortsverband, Eich Schietan. Unterstützung von 75 Pf. bei Gruam, Seibenberg, Albersstr. 174c.

Radeberg i. Sach. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgehalt im Betrage von 75 Pf. bei dem Kollegen Richard Wenzel, Niederstraße 15.

Wittenfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgehalt von 75 Pf. bei dem Ortsvereinskassierer ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertreten, beim Ortsvereinskassierer E. P. e. n. d. o. r. f., Winnengärtenstraße 5.

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 75 Pf. Ortsgehalt bei dem Ortsvereinskassierer bzw. beim Ortsvereinskassierer Kollegen G. e. i. n. l. e., Ellsbachmarkt 7.

Reichenhagen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Beträge erhalten Reisegeld beim Kollegen K. o. j. i., Korbstr. 10.

Wuppings (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Nachquartier und Verpflegung im „Gasthof zum goldenen Lab“.